

**Der Magistrat**

**Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung**

Vorlagennummer: **STV/1733/2023**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 16.10.2023

Amt: Vermessungsamt  
 Aktenzeichen/Telefon: - 62 - Se/NH - 1200  
 Verfasser/-in: Seckler, Florian

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Entscheidung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

**Betreff:**  
**Satzung zur Stärkung der Innovation im Theaterpark**  
**Antrag des Magistrats vom 16. Oktober 2023**

**Antrag:**

- „1. Der als Anlage beigefügte Bericht über das Aufstellungsverfahren zur Satzung wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der Satzung zur Stärkung der Innovation im Theaterpark wird als Satzung beschlossen.“

**Begründung:**

Mit dem Antrag vom 27. Juni 2023 hat der Verein BID Theaterpark e.V. die Verlängerung des Innovationsbereichs Theaterpark initiiert. Eine Verlängerung der Laufzeit ist aufgrund des großen zeitlichen Abstands zum Ablauf der vorigen Laufzeit (31.10.2022) nach Auffassung des Rechtsamts jedoch nicht möglich. Daher wird eine Neugründung des BID angestrebt. Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) vom 21. Dezember 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Februar 2021, ergibt sich hieraus keine Änderung im Ablauf der Einrichtung des Innovationsbereichs im Vergleich zu einer Verlängerung.

### **Zulässigkeit des Antrags**

Die Prüfung des Antrags ergab, dass die Berechtigung zur Antragsstellung nach § 5 (1) des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) vorlag.

Die Quote der anerkannten Zustimmungserklärungen beträgt 18,2 %.

Die aus diesen Erklärungen berücksichtigungsfähige Fläche beträgt 22,4 % der Gesamtfläche. In beiden Fällen ist das Quorum von 15 % übertroffen.

Im Maßnahmen- und Finanzierungskonzept sind keine Vorhaben enthalten, die für die Grundsätze nach § 1 INGE und die Zielsetzungen nach § 2 INGE ungeeignet wären. Die erforderlichen Beiträge betragen 5,1 % des anrechenbaren Einheitswertes und liegen deutlich unter der gesetzlichen Schwelle von 10 % (§ 7 (1) INGE).

Eine unverhältnismäßige Belastung der Abgabepflichtigen wird darin nicht gesehen, zumal im Satzungsvollzug noch in berechtigten Einzelfällen eine Reduzierung oder Befreiung möglich ist (§ 7 (4) INGE).

Durch die beabsichtigten Maßnahmen werden auch keine öffentliche Belange oder Rechte Dritter beeinträchtigt. Der Vorschlag zur Gebietsabgrenzung wurde nach Abstimmung zwischen den betroffenen Antragstellern und den Grundstückseigentümern unterbreitet.

### **Eignung der Aufgabenträger**

Wie bereits aus dem Namen zu erkennen, handelt es sich um einen eingetragenen Verein. Der vertretungsberechtigte Vorstand setzt sich überwiegend aus bekannten Gießener Persönlichkeiten zusammen, die größtenteils alt eingesessene Unternehmen führen. Die Erfahrungen aus den vorigen Laufzeiten lassen keine – insbesondere keine negativen – Sachverhalte rechtlicher oder finanzieller Art erkennen, die diesen Verein für die Funktion als Aufgabenträger ungeeignet erscheinen lassen. Insbesondere die vertretungsberechtigten Vorstände begründen nach Leumund und auf Grund der Situation der eigenen Unternehmungen die berechtigte Erwartung an eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung eines Aufgabenträgers (§ 4 (2) INGE).

### **Öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen**

Nachdem die formale Prüfung die Einhaltung der gesetzlichen Bedingungen für die Zulässigkeit ergeben hat, beschloss der Magistrat am 31. Juli 2023 die öffentliche Auslegung der vollständigen Antragsunterlagen. Darüber hinaus wurde vom Magistrat beschlossen, dass gleichzeitig ein Entwurf der Satzung öffentlich auszulegen war. Durch diese Maßnahme sollte erreicht werden, dass die betroffenen Grundstückseigentümer die für sie wichtige Information über den vorgesehenen Hebesatz und damit über die zu erwartende finanzielle Belastung erhalten. Auf den Entwurfscharakter der Satzung wurde besonders hingewiesen. Während der Offenlegungszeit konnten die betroffenen Grundstückseigentümer gegen die Einrichtung des Innovationsbereiches Widerspruch erheben. Während der Offenlegung ging bei der Universitätsstadt Gießen ein Widerspruch ein. Die nach § 5 (8) INGE erforderliche Ablehnungsquote von 33 % – nach der Anzahl oder der Fläche – ist nicht erreicht (Quote Anzahl: 9,09 %, Quote Fläche: 7,17 %). Ein Erörterungstermin erübrigt sich damit.

## **Öffentlich rechtliche Verträge**

Vor dem Satzungsbeschluss muss sich der Aufgabenträger in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag gegenüber der Gemeinde verpflichten, die sich aus INGE ergebenden Verpflichtungen (Maßnahmen- und Finanzierungskonzept), Ziele, Aufgaben und Verantwortlichkeiten umzusetzen. Dieser Vertrag wurde als Geschäft der laufenden Verwaltung nach Magistratsbeschluss bereits zur ersten Laufzeit von den Vertragspartnern unterzeichnet und von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen. Der Vertrag gilt auch für die neue Laufzeit. Inhaltlich ist der Vertrag als Rahmenvertrag gestaltet, der die Mindestanforderungen nach INGE erfüllt. Dieser Vertrag kann für einzelne konkret geplante Maßnahmen entsprechend ergänzt werden. Ohne Ergänzungen gilt er allein. Er sichert aber immer die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmen- und Finanzierungskonzeptes ab.

## **Satzungsinhalte**

Die Satzung ist inhaltlich so gefasst, dass sie einerseits die gesetzlichen Anforderungen erfüllt, andererseits den Aufgabenträger aber nur im absolut erforderlichen Umfang einschränkt. Es liegen nach der Gesetzesreform keine Erkenntnisse bzw. Erfahrungswerte aus gerichtlichen Überprüfungen vor.

### § 1 Geltungsbereich

Die Abgrenzung des Innovationsbereichs entspricht den Vorschlägen des Aufgabenträgers. Sie ist zwischen den betroffenen Aufgabenträgern und den Grundstückseigentümern abgestimmt, soweit Grundstücke nur teilweise einbezogen wurden. Die Einbeziehung von Grundstücksteilen oder die Aufteilung eines Grundstücks zwecks Zuweisung zu unterschiedlichen Innovationsbereichen ist nach § 7 (3) INGE zulässig.

### § 2 Ziele des Innovationsbereichs

Die Ziele wurden aus dem Antrag übernommen. Sie erfüllen die Vorgaben des § 2 (1) INGE.

### § 3 Maßnahmen im Innovationsbereich

Die Maßnahmen wurden ebenfalls aus dem Antrag übernommen, aber etwas allgemeiner formuliert. Damit wird dem Aufgabenträger für die Realisierungsphase noch etwas Gestaltungsspielraum gelassen.

### § 4 Aufgabenträger

Der Aufgabenträger muss konkret benannt werden. Er muss eine eigene Rechtspersönlichkeit haben.

### § 5 Abgabenerhebung

Absatz 1 bestimmt die erhebende Stelle, die Abgabenschuldigen und den Grund der Abgabe gemäß § 7 (1) INGE. Der Hebesatz ergibt sich aus dem Quotienten der vorgesehenen Aufwendungen laut Antrag zuzüglich der Verwaltungskostenpauschale sowie

einer geschätzten Ausfallquote und der Summe der Einheitswerte im Innovationsbereich. Eine Reduzierung der Abgaben kann auf Antrag wegen der Nutzung oder besonderer Härte für die abgabenpflichtige Person eintreten. Der Beitrag darf maximal 10 % der Einheitswerte erreichen. Er bleibt mit 5,1 % erheblich unter dem gesetzlichen Schwellenwert. Eine Ausfallquote für Abgabenbefreiungen oder Reduzierungen für wohnbauliche Nutzungen wurde in Höhe von 5 % angenommen. Demnach entsteht ein Gesamtbedarf von 225.560 €, der sich aus dem Finanzierungsbedarf gemäß Maßnahmen- und Finanzierungskonzept zuzüglich der Ausfallquote sowie 5.060 € für die Verwaltungspauschale zusammensetzt.

#### § 6 Pauschalbetrag für den Verwaltungsaufwand

Die vorgeschlagene Verwaltungspauschale entspricht den Vorgaben des § 8 (1) INGE und § 9 KAG. Nach § 8 INGE ist die Verwaltungsgebühr als „angemessener Pauschalbetrag“ festzusetzen. Was als „angemessen“ anzusehen ist, legt § 9 (2) KAG fest. Danach ist bei der Gebührenermittlung der Verwaltungsaufwand auf das Interesse der Gebührenpflichtigen entscheidend. Als Aufwendungen der Verwaltung fallen an:

A: Vorarbeiten, einmalig für alle Innovationsbereiche:

1. Erarbeitung der spezifischen, gesetzlichen Änderungen von INGE

B: Individuell für jedes BID:

1. Beratung der Aufgabenträger
2. Aufbereitung der erforderlichen Daten
3. Prüfung der Anträge
4. Offenlegung der Anträge
5. Durchführung des Verfahrens zum Satzungsbeschluss
6. Erstellung der Abgabenbescheide
7. Überwachung der Aufgabenträger
8. Kosten der Veröffentlichungen

Aus den Erfahrungen der ersten Laufzeit kann festgestellt werden, dass die Pauschalgebühr in etwa die Kosten für den Zeitaufwand der eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abdeckt, wenn man die durchschnittlichen Arbeitskostensätze des Landes anwendet.

Um Zustimmung wird gebeten.

---

**B e c h e r (Oberbürgermeister)**

---

Anlagen:

Anlage 1: Bericht über Aufstellungsverfahren der Satzungen

Anlage 2: Entwurf zur Satzung zur Stärkung der Innovation im Theaterpark

Beschluss des Magistrats vom \_\_\_\_ . \_\_\_\_ . \_\_\_\_

Nr. der Niederschrift \_\_\_\_\_ TOP \_\_\_\_\_

- beschlossen
- ergänzt/geändert beschlossen
- abgelehnt
- zur Kenntnis genommen
- zurückgestellt/-gezogen

Beglaubigt:

---

Unterschrift